



Neubau Dienstgebäude Ev. Oberkirchenrat Einbringungsrede

Einbringungsrede zum Bericht in der Sitzung der 15. Landessynode am **21. März 2019**

Sehr geehrte Frau Präsidenten, Hohe Synode,

zum anliegenden schriftlichen Bericht über den Stand der Planungen und Überlegungen zum Neubau Dienstgebäude möchten ich Ihnen heute im Zusammenhang mit einer Präsentation des Architekturbüros Riehle und Assoziierte einige ergänzende und auch auf den tagesaktuellen Stand gebrachte Erläuterungen geben.

In verschiedenen synodalen Gremien und Ausschüssen war bereits über das Projekt berichtet worden, sodass auf der Grundlage dieser Abstimmung über die wesentlichen Eckpunkte diese Planung vorangetrieben werden konnte.

Dem Fachvortrag durch Herrn Architekt Riehle möchte ich an dieser Stelle nicht vorgreifen, deshalb nur einige ergänzende Anmerkungen zum bisherigen Verfahren.

Im Februar haben eine ganze Reihe von Anhörungsterminen stattgefunden.

Zunächst hatten wir am 8. Februar die Mitarbeiterschaft und anschließend die Nachbarschaft über den Planungsstand und die beabsichtigte Planung informiert. Dies und die Vorstellungen in den städtischen Gremien erfolgten anhand der Präsentation, die Ihnen gleich anschließend vorgestellt werden wird.

In der Mitarbeiterschaft gab es viel positives Feedback. Die Beteiligung der Mitarbeiterschaft erfolgt im Rahmen der Mitarbeit in 14 sogenannten Nutzerteilprojekten. Ich bin für den engagierten Einsatz der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in diesen Arbeitsgruppen, die neben dem normalen Arbeitspensum erbracht wird überaus dankbar. Von dort kommen wichtige Impulse, die wir für die weiteren Planungen aufzugreifen versuchen. Die Mitarbeiterschaft wird in wöchentlichen Infotermi-
nen in der Cafeteria im Anschluss an die Mittagspause über den Fortschritt der Planungen informiert. Dort können auch alle im Zusammenhang mit der Baumaßnahme auftauchenden Fragen gestellt werden und Anregungen gegeben werden.

Auch die Nachbarschaftsanhörung nahm einen insgesamt positiven Verlauf und uns erreicht auch aus der Nachbarschaft eine überwiegend positive Resonanz.

Ausgesprochen positiv verlief die Vorstellung des Bauprojektes in den städtischen Ausschüssen, dem Gestaltungsausschuss, dem Umwelt- und Technikausschuss und im Bezirksbeirat Stuttgart Ost.

Gefreut hat uns, dass unsere Entscheidung, dem bisherigen Standort beizubehalten, mehrfach und ausdrücklich positiv gewürdigt wurde.

Das Presseecho war in der Folge ebenfalls ausgesprochen erfreulich, sodass wir nun zuversichtlich in das Baugenehmigungsverfahren gehen.

Im Zuge dieser Anhörungen und Informationstermine wurde eine ganze Reihe von Anregungen gegeben. Diese beziehen sich zum Teil auf Fragen der Gestaltung. Auffällig war, dass der Ansatz das Grundstück für eine Durchwegung zu öffnen sehr positiv kommentiert wurde. Es gab darüber hinaus mehrfach die Anregung, Grundstück und künftiges Gebäude noch stärker für Publikumsverkehr zu öffnen. Aktuell werden im Rahmen der Planung Varianten entwickelt, die geeignet sind, diesen Wunsch wenigstens teilweise aufzugreifen. Eine vollständige Öffnung der Kantine, die unter anderem angeregt wurde, wird aber aus Kapazitätsgründen nicht möglich sein.

Wichtig wird nun vor allem sein, bald ein Interimsquartier zu finden. Verschiedenen Möglichkeiten und Angebote auf dem Markt werden aktuell geprüft bzw. verhandelt.

Geprüft werden derzeit dem Wunsch der Synode entsprechend auch die möglichen ökologischen Standards. Herr Architekt Riehle wird zum Stand der Überlegungen anschließend ausführen. Eine Variante für einen richtungsweisenden ökologischen Standard wurde mittlerweile auch bereits ausgearbeitet und wird hinsichtlich der zu kalkulierenden Kosten von Herrn Riehle vorgestellt. Die Frage der Amortisation dieser Mehrkosten hat uns noch letzte Woche beschäftigt. Eine Amortisation ist möglich. Wir könnten uns vorstellen, die detaillierten Berechnungen, die in den nächsten Wochen erarbeitet werden, sodann im Finanzausschuss vorzulegen. Sollten Mittel für den gehobenen ökologischen Standard bewilligt werden, könnten diese ggf. nach Vorlage dieser Berechnungen zu Investitionen und der Amortisation vom Finanzausschuss freigegeben werden. Wie in der schriftlichen Vorlage beantragt und begründet möchten wir eine Budgetierung auf der Grundlage der bislang vorliegenden und von unserer unabhängigen Projektsteuerung mit vollzogenen Kostenschätzung nach § 25 Abs.2 HHO beantragen. Eine Budgetierung auf der Grundlage einer Kostenberechnung ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich und würde eine nicht unerhebliche Zeitverzögerung in das Projekt bringen.

Es handelt sich bereits um eine vertiefte Kostenschätzung und Architekt und Projektsteuerung haben die klare Zielsetzung diese Kosten auch zu halten.

Es wird vorgeschlagen, unter Benennung der nächsten Planungsschritte jetzt bereits die einschätzbare Bausumme nebst einem Puffer für unvorhergesehene Steigerungen des Baupreisindex im Haushalt zu veranschlagen. Die Veranschlagung erfolgt sodann im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse.

Letzte Woche hat eine weitere Sitzung des Bauausschusses stattgefunden. Danach ist über folgenden aktualisierten Planungsstand zu berichten:

In der im Rahmen der Kostenschätzung beantragten Summe ist ein Posten für Unvorhergesehenes mit 10 % der Bausumme als Puffer kalkuliert. Der Aufschlag für ökologisch erhöhte Standards ist noch nicht kalkuliert.

Im Planungsverfahren stehen wir kurz vor Abschluss der Einplanung der Ergebnisse der 14 Nutzerteilprojekte. Die Zwischenergebnisse wurden letzte Woche beraten. Danach zeichnen sich zunächst einmal Flächenmehrbedarfe bspw. betreffend die Dimensionierung der geplanten Kapelle oder hinsichtlich der Zahl der errechneten notwendigen Sitzungsräume ab. Die gemeldeten Flächenmehrbedarfe werden nun auf Ihre Plausibilität in Rücksprache mit den Nutzerteilprojekten überprüft.

Nächster Schritt nach dieser Überprüfung ist die Vorlage einer Kostenberechnung, mit der sich die Unsicherheiten der Kostenermittlung weiter reduzieren lassen. Zielsetzung ist, im Rahmen der Kostenberechnung weiterhin einen Puffer für Unvorhergesehenes ausweisen zu können.

Nicht enthalten in den nunmehr beantragten Kosten sind Kosten für den Umzug in das Interimsquartier, die Ausstattung der Kapelle, Kunst, Medientechnik oder evtl. neue Ausstattungserfordernisse der Registratur, die derzeit noch nicht kalkuliert werden können. Hierzu werden nach Festle-

gung der Konzepte und Erfordernisse entsprechende Beschlussvorlagen erarbeitet, soweit Mittel dafür nicht bereits anderweitig budgetiert wurden.

Ich bringe daher folgenden Antrag Nr. 07/19: Neubau Dienstgebäude Ev. Oberkirchenrat ein:

Die Landessynode informiert sich im Rahmen einer Präsentation durch das beauftragte Architekturbüro über die Planungen des Bauvorhabens „Neubau Dienstgebäude Evangelischer Oberkirchenrat auf dem bisherigen Areal in der Gänsheidestraße“.